

# Fünfter Tarifvertrag

zur Änderung des Tarifvertrags  
für die Ärztinnen und Ärzte

in den Oberhavel Kliniken

- 5. ÄndTV/TV-Ärzte/OHV -

vom 15. April 2021

Zwischen der

**Oberhavel Kliniken GmbH**  
(weiterhin „der Arbeitgeber“)

einerseits

und dem

**Marburger Bund,**  
Landesverband Berlin/Brandenburg  
vertreten durch den Vorstand  
(weiterhin „Marburger Bund“)

andererseits

wird folgender Tarifvertrag vereinbart:

## **§ 1 Inkraftsetzung und Änderung des TV-Ärzte/OHV**

Der Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte in den Oberhavel Kliniken (TV-Ärzte/OHV) vom 28. April 2007, zuletzt geändert am 1. Juni 2018, wird - soweit gekündigt - rückwirkend zum 1. September 2020 mit den folgenden Änderungen wieder in Kraft gesetzt:

### **A Änderungen mit Wirkung ab 1. September 2020**

In § 35 Absatz 2 und Abs. 3 Buchst. a bis g wird die Datumsangabe „31.08.2020“ jeweils in die Datumsangabe „31. Dezember 2022“ geändert.

### **B Änderungen mit Wirkung ab 1. Januar 2021**

Die Entgelttabellen (Anlagen A und B und C zu § 17 Absatz 1) werden durch die neuen Entgelttabellen A, B und C (Anlage zu diesem Tarifvertrag) ersetzt.

### **C Änderungen mit Wirkung ab 1. März 2021**

§ 11 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für die als Arbeitszeit gewertete Zeit des Bereitschaftsdienstes wird jeweils das individuelle Tabellenentgelt je Stunde gezahlt.“

### **D Änderungen mit Wirkung ab 1. Juli 2021**

1. In § 9 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) <sup>1</sup>Die Verlängerung der werktäglichen Arbeitszeit im Sinne von Absatz 2 ist auf Fälle beschränkt, in denen sich die Leistung von Bereitschaftsdienst an einen maximal acht Stunden dauernden Arbeitsabschnitt im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit anschließt. <sup>2</sup>Ein sich unmittelbar an den Bereitschaftsdienst anschließender Arbeitsabschnitt im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit ist beispielsweise zum Zwecke der Übergabe zulässig, sofern dieser nicht länger als 60 Minuten dauert und sich der dem Bereitschaftsdienst vorangegangene Arbeitsabschnitt entsprechend verkürzt.“

2. § 9 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) <sup>1</sup>Wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Bereitschaftsdienst fällt, kann im Rahmen des § 7 Abs. 2a ArbZG und innerhalb der Grenzwerte nach Absatz 2 eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit über acht Stunden hinaus auch ohne Ausgleich erfolgen. <sup>2</sup>Die wöchentliche Arbeitszeit darf dabei durchschnittlich bis zu 58 Stunden betragen; der Ausgleichszeitraum beträgt sechs Monate. <sup>3</sup>Eine Obergrenze von 56 Stunden soll in der Regel nicht überschritten werden.“

3. Nach § 9 wird folgender § 9a eingefügt:

„§ 9a Dienstplanung

<sup>1</sup>Die Lage der Dienste der Ärztinnen und Ärzte wird in einem Dienstplan geregelt, der spätestens vier Wochen vor Beginn des jeweiligen Planungszeitraumes aufgestellt wird. <sup>2</sup>Ergeben sich nach der Aufstellung des Dienstplanes Gründe für eine Änderung des Dienstplanes, die in der Person einer Ärztin/eines Arztes begründet sind oder die auf nicht vorhersehbaren Umständen beruhen, kann der Dienstplan nach Aufstellung geändert werden. <sup>3</sup>Die Mitbestimmung nach der Aufstellung des Dienstplanes bleibt unberührt. <sup>4</sup>Abweichende Regelungen durch Betriebsvereinbarungen sind möglich und bleiben in bestehenden Betriebsvereinbarungen unberührt.“

4. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11 Bereitschaftsdienstentgelt

(1) <sup>1</sup>Zum Zwecke der Entgeltberechnung wird die Zeit des Bereitschaftsdienstes einschließlich der geleisteten Arbeit nach dem Maß der während des Bereitschaftsdienstes erfahrungsgemäß durchschnittlich anfallenden Arbeitsleistungen wie folgt als Arbeitszeit gewertet:

Stufe	Arbeitsleistung innerhalb des Bereitschaftsdienstes	Bewertung als Arbeitszeit
I	bis zu 25 %	70 %
II	25 bis 40 %	75 %
III	mehr als 40 bis 49 %	85 %

<sup>2</sup>Die Zuweisung zu den einzelnen Stufen des Bereitschaftsdienstes erfolgt als Nebenabrede (§ 2 Abs. 3) zum Arbeitsvertrag. <sup>3</sup>Die Nebenabrede ist abweichend von § 2 Abs. 3 Satz 2 mit einer Frist von drei Monaten jeweils zum Ende eines Kalendervierteljahres kündbar.

(2) <sup>1</sup>Für die als Arbeitszeit gewertete Zeit des Bereitschaftsdienstes wird jeweils das individuelle Tabellenentgelt je Stunde gezahlt. <sup>2</sup>Zusätzlich wird auf das Stundenentgelt der nach Absatz 1 als Arbeitszeit gewerteten Stunden ein Zuschlag in Höhe von 15 % des individuellen Stundenentgelts gezahlt, der nicht durch Freizeit abgegolten werden kann.

(3) <sup>1</sup>Der Arzt erhält zusätzlich zu dem Entgelt nach den Absätzen 1 und 2 für jede nach Absatz 1 als Arbeitszeit gewertete Stunde einen Zeitzuschlag als Prozentsatz des Stundenentgelts nach Absatz 2 wie folgt:

Für Arbeit	in Höhe von
a) an Feiertagen	25 %
b) an Sonntagen	25 %
c) Nachtarbeit	15 %

des individuellen Stundenentgelts. <sup>2</sup>Die Zeitzuschläge werden kumulativ gezahlt. <sup>3</sup>Nur auf ausdrücklichen Wunsch des Arztes kann dafür Freizeitausgleich gewährt werden. <sup>4</sup>Weitergehende Ansprüche auf Zeitzuschläge bestehen nicht.

(3a) <sup>1</sup>Es dürfen je Arzt nicht mehr, als sechs zählbare Bereitschaftsdienste im Kalendermonat geplant werden. <sup>2</sup>Abweichungen von Satz 1 sind nur ausnahmsweise möglich, wenn anderenfalls die Patientensicherheit gefährdet würde. <sup>3</sup>Bei Überschreitung der Obergrenze nach Satz 1 erhöht sich der Zuschlag gemäß Absatz 2 Satz 2 für die im Kalendermonat überschießenden Bereitschaftsdienststunden auf 50 % des Stundensatzes. <sup>4</sup>Ausnahmen können für bestimmte Arbeitszeitmodelle (z.B. im Rettungsdienst) einzelvertraglich vereinbart werden.

Protokollerklärung zu Absatz 3a:

<sup>1</sup>Zählbare Bereitschaftsdienste sind Bereitschaftsdienste (§ 9 Abs. 1 Satz 1), die mindestens eine bestimmte Anzahl von Bereitschaftsdienststunden erreichen. <sup>2</sup>Sofern Bereitschaftsdienste im Anschluss an einen regulären Dienst (Vollarbeit) geleistet werden (Wochentagbereitschaft), müssen sie mehr als 6 Zeitstunden und sofern sie als Einzeldienst geleistet werden (Wochenend- oder Feiertagsbereitschaft) müssen sie mehr als 12 Zeitstunden umfassen. <sup>3</sup>Kürzere Bereitschaftsdienste gelten jeweils als halber Dienst. <sup>4</sup>Allein eine kurzzeitige Vollarbeit zum Zwecke der Übergabe vor Antritt des Bereitschaftsdienstes gilt nicht als regulärer Dienst im Sinne von Satz 2.

(3b) Es sollen grundsätzlich zwei Wochenenden (Freitag 21 Uhr bis Montag 5 Uhr) je Kalendermonat frei von Arbeit geplant werden.

(4) <sup>1</sup>Die nach Absatz 1 errechnete Arbeitszeit kann bis zum Ende des dritten Kalendermonats auch durch entsprechende Freizeit abgegolten werden (Freizeitenausgleich). <sup>2</sup>Erfolgt Freizeitenausgleich in Zeiten, zu denen gemäß §§ 5 und 7 Abs. 9 ArbZG Ruhezeit zu gewähren ist, wird abweichend von Absatz 1 und Satz 1 diese Zeit in der Bereitschaftsdienststufe III mit dem Faktor 100 Prozent, in der Bereitschaftsdienststufe II mit dem Faktor 90 Prozent und in der Bereitschaftsdienststufe I mit dem Faktor 80 Prozent als Arbeitszeit bewertet. <sup>3</sup>Für die Zeit des Freizeitenausgleichs werden das Entgelt (§ 17) und die in Monatsbeträgen festgelegten Zulagen fortgezahlt.

Protokollerklärung zu § 11 Abs. 4:

<sup>1</sup>Freizeitenausgleich für Bereitschaftsdienstarbeit ist höchstens in dem Umfang möglich, welcher der Bewertung eines Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 entspricht. <sup>2</sup>Dienstplanmodelle dürfen nicht dazu führen, dass Freizeitenausgleich für einzelne Bereitschaftsdienste zu Minusstunden führt.

Protokollerklärungen zu § 11 Abs. 4 Satz 1:

1. Bei einem Bereitschaftsdienst der Stufe III von 24 Stunden, wovon 8 Stunden während der gesetzlichen Ruhezeit ausgeglichen werden, sind 13,6 Stunden [(8 Stunden x 100 Prozent = 8 Stunden) + (16 Stunden x 85 Prozent = 13,6 Stunden) - 8 Stunden = 13,6 Stunden] mit dem Bereitschaftsdienstentgelt nach Absatz 2 zu bezahlen.
2. Bei einem Bereitschaftsdienst der Stufe II von 16 Stunden, wovon 8 Stunden während der gesetzlichen Ruhezeit ausgeglichen werden, sind 5,2 Stunden [(8 Stunden x 90 Prozent = 7,2 Stunden) + (8 Stunden x 75 Prozent = 6 Stunden) - 8 Stunden = 5,2 Stunden] mit dem Bereitschaftsdienstentgelt nach Absatz 2 zu bezahlen.
3. Bei einem Bereitschaftsdienst der Stufe I von 16 Stunden, wovon 8 Stunden während der gesetzlichen Ruhezeit ausgeglichen werden, sind 4 Stunden [(8 Stunden x 80 Prozent = 6,4 Stunden) + (8 Stunden x 70 Prozent = 5,6 Stunden) - 8 Stunden = 4 Stunden] mit dem Bereitschaftsdienstentgelt nach Absatz 2 zu bezahlen.“

5. Nach § 31 wird folgender § 31a eingefügt:

„§ 31a Elektronischer Heilberufe-Ausweis

<sup>1</sup>Der Zahlbetrag der gesamten nachgewiesenen Kosten insbesondere für das Initialisieren und Fortführen des elektronischen Heilberufe-Ausweises wird auf Antrag vom Arbeitgeber erstattet. <sup>2</sup>Die gesamten monatlichen Kosten werden laufend erstattet, die gesamten nachgewiesenen Kosten für das Initialisieren werden durch die Monate der Geltungsdauer geteilt und im bestehenden Arbeitsverhältnis in monatlichen Raten gezahlt. <sup>3</sup>Die Kostenerstattung gemäß Satz 1 und 2 erfolgt auch gegenüber Ärzten, die bei Beginn des Arbeitsverhältnisses bereits über einen elektronischen Heilberufe-Ausweis verfügen; sofern die Initialisierungskosten bereits erstattet worden sind, werden diese nicht nochmals erstattet. <sup>4</sup>Mehrkosten, die aus dem Verlust des elektronischen Heilberufe-Ausweises resultieren, werden nicht erstattet.“

## § 2 Einmalige Corona-Sonderzahlung

(1) <sup>1</sup>Ärztinnen und Ärzte, die am 1. September 2020 bereits im Arbeitsverhältnis gestanden haben, am 15. April 2021 immer noch im Arbeitsverhältnis stehen und während dieses Zeitraums mindestens an einem Tag Anspruch auf Entgelt oder Entgeltfortzahlung hatten, erhalten mit dem Entgelt für Juni 2021 eine Sonderzahlung für die besonderen pandemiebedingten Belastungen in Höhe von 300 Euro. <sup>2</sup>Teilzeitbeschäftigte erhalten die Sonderzahlung ratierlich (Stichtag 15. April 2021). <sup>3</sup>Gesetzliche Möglichkeiten zur steuerfreien Zahlung sind zu nutzen.

(2) Die Sonderzahlung nach Absatz 1 ist kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt und wird bei der Bemessung sonstiger Leistungen nicht berücksichtigt.

### Protokollerklärung zu Absatz 1:

<sup>1</sup>Anspruch auf Entgelt im Sinne des Absatzes 1 sind auch der Anspruch auf Entgeltfortzahlung aus Anlass der in § 20 Satz 1 TV-Ärzte/OHV genannten Ereignisse und der Anspruch auf Krankengeldzuschuss (§ 21 Abs. 3 TV-Ärzte/OHV), auch wenn dieser wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsträgers nicht gezahlt wird. <sup>2</sup>Einem Anspruch auf Entgelt gleichgestellt ist der Bezug von Krankengeld nach § 45 SGB V oder entsprechender gesetzlicher Leistungen und der Bezug von Mutterschutzlohn und Mutterschaftsgeld nach den §§ 18 ff. MuSchG.

## § 3 Tarifsicherung

Solange der TV-Ärzte/OHV verbindlich mit dem Marburger Bund vereinbart ist, verzichtet der Arbeitgeber auf die Anwendung von § 4a Abs. 2 Satz 2 bis 5 TVG und verpflichtet sich, in allen abzuschließenden Arbeits- oder Änderungsverträgen mit Ärzten den TV-Ärzte/OHV ausschließlich zur Anwendung zu bringen, selbst wenn dieser rechtskräftig verdrängt worden sein sollte.

#### § 4 Inkrafttreten

(1) Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. September 2020 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten die in § 1 aufgeführten Änderungen zu den jeweils genannten Zeitpunkten in Kraft; die Entgelttabellen (Anlagen A bis C) gelten jeweils ab den dort genannten Zeitpunkten.

(3) <sup>1</sup>§ 3 kann mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderhalbjahres gekündigt werden, frühestens jedoch zum 31. Dezember 2022. <sup>2</sup>Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Oranienburg, 15. April 2021

\_\_\_\_\_  
Für den  
Arbeitgeber

\_\_\_\_\_  
Für den  
Marburger Bund

Anlage A zu § 1 B**Tabellenentgelt ab 1. Januar 2021**

<b>Entgelt- gruppe</b>	<b>Stufe</b>	<b>Stufe nach ... Jahren *)</b>	<b>Tabellenentgelt</b>
<b>EG IV</b>	1		<b>9.034,10 €</b>
	2	5	<b>9.322,53 €</b>
<b>EG III</b>	1		<b>7.874,26 €</b>
	2	3	<b>8.131,34 €</b>
	3	8	<b>8.525,89 €</b>
<b>EG II</b>	1		<b>6.131,40 €</b>
	2	3	<b>6.645,48 €</b>
	3	6	<b>7.096,89 €</b>
	4	8	<b>7.360,20 €</b>
	5	10	<b>7.617,25 €</b>
	6	14	<b>7.679,94 €</b>
<b>EG I</b>	1		<b>4.645,58 €</b>
	2	1	<b>4.908,92 €</b>
	3	2	<b>5.096,97 €</b>
	4	3	<b>5.422,97 €</b>
	5	4	<b>5.917,81 €</b>

\*) Die Jahre beziehen sich jeweils auf die Tätigkeit innerhalb der jeweiligen Entgeltgruppe.

Anlage B zu § 1 B**Tabellenentgelt ab 1. November 2021**

<b>Entgelt- gruppe</b>	<b>Stufe</b>	<b>Stufe nach ... Jahren *)</b>	<b>Tabellenentgelt</b>
<b>EG IV</b>	1		<b>9.169,61 €</b>
	2	5	<b>9.462,37 €</b>
<b>EG III</b>	1		<b>7.992,37 €</b>
	2	3	<b>8.253,31 €</b>
	3	8	<b>8.653,78 €</b>
<b>EG II</b>	1		<b>6.223,37 €</b>
	2	3	<b>6.745,16 €</b>
	3	6	<b>7.203,34 €</b>
	4	8	<b>7.470,60 €</b>
	5	10	<b>7.731,51 €</b>
	6	14	<b>7.795,14 €</b>
<b>EG I</b>	1		<b>4.715,26 €</b>
	2	1	<b>4.982,55 €</b>
	3	2	<b>5.173,42 €</b>
	4	3	<b>5.504,31 €</b>
	5	4	<b>6.006,58 €</b>

\*) Die Jahre beziehen sich jeweils auf die Tätigkeit innerhalb der jeweiligen Entgeltgruppe.

Anlage C zu § 1 B**Tabellenentgelt ab 1. März 2022**

<b>Entgelt- gruppe</b>	<b>Stufe</b>	<b>Stufe nach ... Jahren *)</b>	<b>Tabellenentgelt</b>
<b>EG IV</b>	1		<b>9.261,31 €</b>
	2	5	<b>9.556,99 €</b>
<b>EG III</b>	1		<b>8.072,29 €</b>
	2	3	<b>8.335,84 €</b>
	3	8	<b>8.740,32 €</b>
<b>EG II</b>	1		<b>6.285,60 €</b>
	2	3	<b>6.812,61 €</b>
	3	6	<b>7.275,37 €</b>
	4	8	<b>7.545,31 €</b>
	5	10	<b>7.808,83 €</b>
	6	14	<b>7.873,09 €</b>
<b>EG I</b>	1		<b>4.762,41 €</b>
	2	1	<b>5.032,38 €</b>
	3	2	<b>5.225,15 €</b>
	4	3	<b>5.559,35 €</b>
	5	4	<b>6.066,65 €</b>

\*) Die Jahre beziehen sich jeweils auf die Tätigkeit innerhalb der jeweiligen Entgeltgruppe.